

Pressemitteilung

„Eure Entscheidung lässt Millionen Zukünfte platzen“

Ein breites Bündnis der Kinder- und Jugendhilfe ruft zur Demonstration
gegen die Sparpläne der Bundesregierung auf

Berlin, 14. September 2023

Am 20. September 2023, wenn im Bundestag über die geplante, massive Kürzung des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) beraten werden soll, ruft ein breites Bündnis von Verbänden und freien Trägern der Jugendarbeit und -hilfe zu einer Demonstration gegen die drohenden, folgenschweren Einschnitte auf, die von einem verminderten Zugang zur politischen Bildung, zu Sport, zu Jugendverbänden bis hin zu der Schließung von sicheren Freiräumen, Jugendeinrichtungen und von vielfältigen Orten der Partizipation reichen.

„Die Kürzungen im Kinder- und Jugendplan des Bundes sind nicht zu verantworten!“, so der Vorsitzende des AdB Boris Brokmeier. „Sie treffen junge Menschen, weil sie dazu führen werden, dass Angebote, Räume, Gelegenheiten für Kinder und Jugendliche für gemeinsames Erleben, für Austausch und neue Erfahrungen gestrichen werden. Auch die Angebote politischer Bildung werden davon betroffen sein. Ich kann nicht glauben, dass in Zeiten von wachsender Demokratieverdrossenheit und Hassrede im Netz, von Verschwörungserzählungen und erstarkendem Rechtspopulismus ausgerechnet bei der politischen Bildung für junge Menschen gespart werden soll. Wie passt das zu einer Koalition, die sich Freiheit und Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hat?“

Der Demonstrationzug startet um 10:30 Uhr am Berliner Hauptbahnhof (Washingtonplatz). Die Route führt durch das Brandenburger Tor, am Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Bundesfinanzministerium (BMF) vorbei zum Potsdamer Platz. Ab 13:00 Uhr findet eine gemeinsame Abschlusskundgebung mit Vertreter*innen der Freiwilligendienste statt.

Der AdB ruft Vertreter*innen der bundeszentralen Träger der Kinder- und Jugendhilfe auf, die Vielfalt und die Energie dieses großen zivilgesellschaftlichen Sektors sichtbar zu machen und gemeinsam für ein Umsteuern in der Haushaltspolitik, für eine starke Kinder- und Jugendarbeit und eine kraft- und wirkungsvolle politische Bildung einzutreten.

Pressekontakt:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Friedrun Erben, Tel.: 030/400 401-11, E-Mail: erben@adb.de